

DeZIM Policy Briefs +

DPB #03 | 25 Berlin, 20. Februar 2025

Schwindende Räume: Wenn demokratisches Engagement zur Zielscheibe wird

Schwindende Räume

Wenn demokratisches Engagement zur Zielscheibe wird

Mirjam Weiberg und Anja Schöll¹

ZUSAMMENFASSUNG

- **Häufige Anfeindungen und Bedrohungen:** Zivilgesellschaftliche Organisationen erleben Bedrohungen ihres Engagements immer häufiger nicht als Ausnahme, sondern regelmäßig – mindestens monatlich, fast ein Drittel sogar mehrmals pro Woche.
- **Erhöhte Sicherheitsmaßnahmen:** Als Reaktion auf die Übergriffe hat in den vergangenen Jahren mehr als die Hälfte (52 %) der Organisationen die Sicherheit bei Veranstaltungen erhöht, 40 % dokumentieren Vorfälle systematisch.
- **Rückzug aus dem Engagement:** Die Bedrohungslage zeigt Wirkung – 42 % der Organisationen beobachten einen Rückzug ehrenamtlicher Mitarbeiter*innen, bei 24 % betrifft dies sogar hauptamtliche Mitarbeitende.
- **Handlungsbedarf:** 78 % der befragten Mitarbeitenden fordern bessere Beratungsangebote, 66 % rechtliche Verbesserungen. Über zwei Drittel wünschen sich zudem mehr öffentliche Unterstützung und klare Solidaritätsbekundungen aus der Politik.

Handlungsempfehlungen

- 👍 **Prävention stärken:** Bestehende Förderprogramme für Demokratie sollten gezielt Maßnahmen gegen Bedrohungen und Angriffe beinhalten. Dazu gehören zentrale Informationsstellen, praxisnahe Handreichungen und gezielte Beratungsangebote.
- 👍 **Demokratie langfristig festigen:** Eine stabile Demokratie ist die Grundlage unseres Zusammenlebens und muss gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten abgesichert sein. Bundesprogramme wie „Demokratie leben!“ oder „Zusammenhalt durch Teilhabe“ müssen daher fester Bestandteil künftiger Regierungsprogramme bleiben.
- 👍 **Demokratiefördergesetz voranbringen:** Um die Demokratietarbeit bundesweit weniger anfällig für antidemokratische Einflussnahmen auf kommunaler und Landesebene zu machen, muss die neue Bundesregierung das Demokratiefördergesetz endlich auf den Weg bringen. Über parteipolitische Differenzen hinweg braucht es die Unterstützung aller demokratischen Parteien – sowohl aus Regierung als auch Opposition –, um das gemeinsame Bekenntnis zur Demokratie glaubwürdig zu untermauern.

¹ Vielen Dank an Olaf Kleist für die Durchsicht des Surveys.

Einleitung

Zivilgesellschaftliche Arbeit und ehrenamtliches Engagement sind essenziell für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Stärkung demokratischer Werte.² Besonders Organisationen, die sich für soziale und politische Belange einsetzen – etwa in der Demokratiewerkarbeit – fördern die politische Partizipation (Lee 2022). Die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit werden jedoch zunehmend herausfordernder: Öffentliche Debatten werden aggressiver, viele Engagierte sehen sich dabei Bedrohungen, Diffamierungen oder sogar physischen Angriffen ausgesetzt.

Während Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume (*shrinking spaces*) lange vor allem autokratische Staaten betrafen (Carothers 2016; Civicus 2018; Anheier 2019), ist diese Entwicklung nun auch in westlichen Demokratien zu beobachten. Die Häufigkeit und das Andauern solcher Vorfälle lassen darauf schließen, dass es sich nicht mehr um Einzelfälle handelt, sondern um ein Phänomen, das sich im öffentlichen Diskurs verfestigt. Bedrohungen und Einschränkungen haben dabei in den vergangenen fünf Jahren immer weiter zugenommen (ISS 2019; Sommer & Ratzmann 2022; Weiberg et al. 2024: 21 ff.). Zwar verurteilen Politiker und Politikerinnen Angriffe auf Engagierte und demokratische Institutionen, doch werden von der Zivilgesellschaft erarbeitete Schutzkonzepte, Verschärfungen im Strafrecht oder deren konsequentere Anwendung diesen Trend nicht aufhalten. Statt sich ausschließlich auf Sanktionen und Prävention zu konzentrieren (vgl. Deutscher Bundestag 2024), muss sich die Politik damit auseinandersetzen, wie sie Bedingungen schaffen kann, die die demokratische Zivilgesellschaft stärken und schützen.

Wenn sich Engagierte aus Angst aus der Demokratiewerkarbeit zurückziehen, braucht es politische Maßnahmen,³ die nicht nur Wertschätzung signalisieren, sondern auch gesetzlich und finanziell verankert sind – etwa durch Förderprogramme oder gesetzliche Schutzmaßnahmen (vgl. Kleist & Weiberg 2022; Deutscher Bundestag 2023). Doch nach dem Bruch der Ampelkoalition scheinen zentrale Vorhaben des Bundes in diesem Bereich erneut in Frage zu stehen.⁴ Die Zivilgesellschaft allein kann die zunehmende Gewalt im öffentlichen Raum nicht stoppen. Sie benötigt die aktive Unterstützung des Staates, um ihre zentrale Rolle für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt weiterhin auszufüllen.

Untersuchungsgegenstand

Das DeZIM-Institut hat untersucht, inwieweit Engagierte der Zivilgesellschaft im Bereich Demokratiewerkarbeit 1) Übergriffen ausgesetzt sind, 2) welche Gegenmaßnahmen sie ergreifen und 3) welche Unterstützungsbedarfe sie haben. Die Daten basieren auf einer anonymen Befragung von 50 zivilgesellschaftlich in der Demokratiewerkarbeit tätigen Personen – darunter ehrenamtlich Engagierte und hauptamtlich Mitarbeitende. Die Befragung wurde zwischen Juli und August 2024 im Rahmen eines deutschlandweiten Online-Surveys durchgeführt. Der Survey wurde über zivilgesellschaftliche Organisationen, die in der Demokratiewerkarbeit tätig sind, per Schneeballsystem verbreitet.

² Menschen, die in zivilgesellschaftliche Organisationen eingebettet sind, sind weniger anfällig für soziale Probleme, wirtschaftlich produktiver, politisch engagierter (Putnam 2000) und zufriedener mit der Demokratie (zze 2021; IfD 2023). Gemeinnützige Organisationen gelten ferner als Quelle sozialer Innovation zur Bewältigung diverser öffentlicher Probleme (Zimmer 2007; Anheier et al. 2019).

³ Studien belegen u.a., dass neben individuellen Motivatoren und organisationalen Voraussetzungen (Hollstein 2017) die Wertschätzung der Arbeit und die finanzielle Unterstützung durch die Politik (Forsa 2024) eine wesentliche Rolle für das zivilgesellschaftliche Engagement spielen.

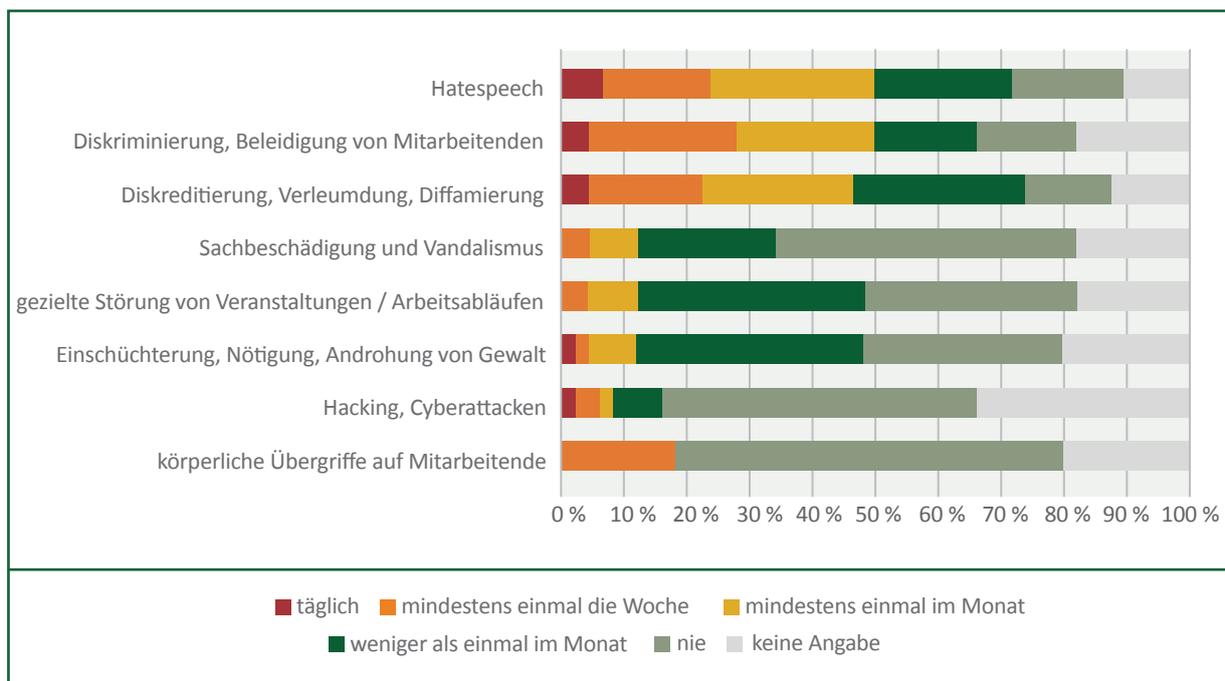
⁴ Die Ampelregierung aus SPD, Grünen und FDP hatte sich als Schwerpunktaufgabe im Feld der Gesellschaftspolitik zum Ziel gesetzt, das bürgergesellschaftliche Engagement und Ehrenamt zu stärken.

Zentrale Ergebnisse

Übergriffe und Einschränkungen der Zivilgesellschaft

Die Ergebnisse der Studie zeichnen ein alarmierendes Bild: Anfeindungen und Bedrohungen gehören für viele Engagierte und Mitarbeitende zum Alltag. Die Hälfte der Befragten berichtet von Beleidigungen, Diskriminierung und Hatespeech, die nicht als Einzelfälle, sondern regelmäßig auftreten. Viele sind mindestens einmal im Monat, fast ein Drittel der befragten Organisationen sogar mehr als einmal die Woche davon betroffen. Die Bandbreite der Übergriffe ist groß: Sie reicht von rassistischen und antisemitischen Hassbriefen über Drohungen mit KI-generiertem pornografischem Material bis hin zu gezielten Störungen von Veranstaltungen. Häufig stammen die Täterinnen und Täter aus dem rechtsnationalistischen Umfeld. Zudem wird die zivilgesellschaftliche Arbeit delegitimiert und verleumdet: 46 % der Befragten erleben dies mindestens monatlich, zum Beispiel in Form von politischen Beschwerden von Behördenleitungen, Kündigungsanträgen im Stadtrat oder gezielten Kleinen Anfragen der AfD. Zwar geben 62 % an, bisher noch nie von physischer Gewalt betroffen gewesen zu sein. Dennoch sind auch dokumentierte Fälle körperlicher Angriffe bekannt.

Abbildung 1. Anfeindungen, Bedrohungen und Übergriffe auf Mitarbeitende und Organisationen in der zivilgesellschaftlichen Demokratietarbeit im Zeitraum August 2023 bis August 2024



Lesebeispiel: Die Hälfte der befragten Organisationen berichtet, dass 24 % der Mitarbeitenden mindestens einmal die Woche und 22 % mindestens einmal im Monat Diskriminierung, Beleidigungen und/oder Abwertung erfahren. 4 % berichten von täglichen Diskriminierungen gegenüber Mitarbeitenden. Gezielte Störungen von Veranstaltungen oder Arbeitsabläufen erleben etwas über ein Drittel der Organisationen weniger als einmal im Monat (36 %).

Quelle: Kurzsurvey unter Akteur*innen der zivilgesellschaftlichen Demokratietarbeit 07–08/2024 (n=50), eigene Darstellung.

Die Ergebnisse dieser Erhebung bestätigen zudem frühere Analysen der Autor*innen, unter anderem aus dem Jahr 2023. Demnach versuchen rechte Parteien nach wie vor, die Legitimität der Demokratiearbeit zu untergraben. Dies geschieht mitunter durch Kleine Anfragen, die das Engagement in Frage stellen, oder Versuche, die Arbeit durch die gezielte Streichung von Kofinanzierungen oder anderen Fördermitteln zu beschränken (Weiberg et al. 2024a: 22–23).⁵

Handlungsstrategien zur Gegenwehr

Die meisten Organisationen nehmen Bedrohungen und Angriffe nicht einfach hin, sondern reagieren proaktiv. Als Antwort auf die Übergriffe haben viele Organisationen verschiedene Schutzmaßnahmen ergriffen und Abwehrstrategien entwickelt: 52 % der Organisationen haben ihre Veranstaltungssicherheit erhöht, 40 % dokumentieren Vorfälle systematisch. Zudem erstatten 20 % der Organisationen Strafanzeigen, etwa wegen Falschaussagen oder Verleumdungen. Weitere Maßnahmen umfassen die Schaffung von Safer Spaces für Mitarbeitende und die Community. Je stärker die Bedrohung wird, desto mehr versucht die Zivilgesellschaft, sich zu schützen bzw. Strategien der Gegenwehr zu entwickeln. Gleichzeitig nimmt mit zunehmenden Bedrohungen und Anfeindungen der Rückzug aus dem zivilgesellschaftlichen Engagement zu.

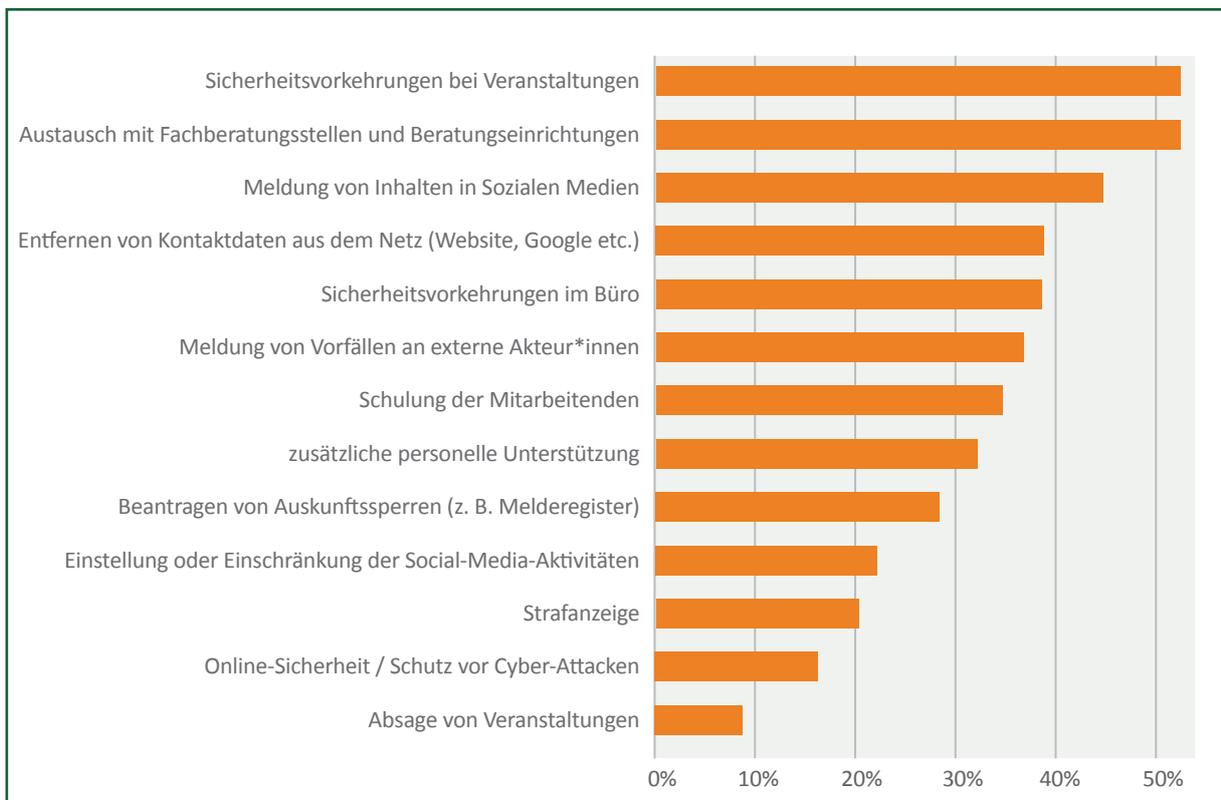
Folgende Reaktionsmuster haben sich in der Praxis bewährt:

- ➔ **Aktives Meldeverhalten:** Mehr als die Hälfte der Organisationen tauscht sich regelmäßig mit Fachberatungsstellen und anderen Beratungseinrichtungen aus – sowohl präventiv als auch zur Bearbeitung von Vorfällen. 40 % der Organisationen dokumentieren Vorfälle intern, während 36 % diese auch an externe Akteur*innen wie die Polizei melden. Nur 16 % der befragten Organisationen ignorieren Vorfälle oder reagieren nicht darauf.
- ➔ **Schutz der Mitarbeitenden:** Um ihre Mitarbeitenden zu schützen, erarbeiten 38 % der befragten Organisationen spezifische Sicherheitsvorkehrungen für ihre Büros, 12 % auch für die Durchführung von Dienstreisen. Zudem werden Teams im Umgang mit Übergriffen geschult und zusätzliche personelle Unterstützung bei Angeboten bereitgestellt. Dazu zählen etwa Referent*innen-Tätigkeiten, die im Tandem und nicht durch eine Person allein erfolgen. In 28 % der Organisationen beantragten Mitarbeitende eine Auskunftssperre (z.B. im Melderegister), 38 % entfernten Kontaktdaten aus dem Internet, um ihre Anonymität zu wahren.
- ➔ **Sicherheitsvorkehrungen bei Veranstaltungen:** Mehr als die Hälfte der Befragten hat spezifische Sicherheitsmaßnahmen für Veranstaltungen entwickelt: 24 % führten ursprünglich öffentlich geplante Veranstaltungen in geschlossenen Formaten durch, 8 % mussten einzelne Veranstaltungen aufgrund konkreter Bedrohungslagen sogar absagen. Keine Organisation berichtete davon, ihre Angebote vollständig eingestellt oder eingeschränkt zu haben.

⁵ Beispielhaft hierfür steht aktuell die Entwicklung im Landkreis Bautzen: Trotz einer bewilligten Förderung durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zog der Landkreis seine Teilnahme an den „Partnerschaften für Demokratie“ zurück. Der Kreis verzichtet damit auf eine Förderung, die pro Jahr etwa 200.000 Euro für Demokratieprojekte von Initiativen und Vereinen bereitgestellt hätte, die insbesondere die ländlichen Räume des Kreises mit ihrem Engagement bereichern. Quellen: Wochenkurier, 03.02.2025, unter: <https://www.wochenkurier.info/landkreis-bautzen/artikel/fatales-signal-im-landkreis>. Abruf 10.02.2025; Sächsische Zeitung, 31.01.2025, unter: <https://www.saechsische.de/lokales/bautzen-1k/landkreis-bautzen-hat-das-demokratieprogramm-noch-eine-chance-QY2KBURY5FGUFL5L6BBO2WNNYY.html>. Abruf 10.02.2025.

- ➔ **Gegenstrategien im digitalen Raum:**⁶ Hassrede im Netz ist weit verbreitet, aber auch Hacking und Cyberangriffe (8 %) – wie Brute-Force-Attacken auf Websites – kommen vor. 16 % der befragten Organisationen haben daher spezifische Maßnahmen zur Online-Sicherheit und zum Schutz vor Cyber-Attacken eingeführt. Als Gegenstrategien auf Social-Media-Plattformen melden 44 % der Befragten diffamierende oder diskriminierende Inhalte etwa bei zentralen Meldestellen oder den Plattformbetreibern. 36 % wehren sich aktiv mittels Gegenrede. Ein bedenklich hoher Anteil – 22 % der Befragten – gibt jedoch an, Social-Media-Aktivitäten eingeschränkt oder sogar eingestellt zu haben.
- ➔ **Rückzug aus dem zivilgesellschaftlichen Engagement:** Nicht alle Engagierten können oder wollen die ständigen Bedrohungen und Übergriffe ertragen. Besonders besorgniserregend sind daher die Zahlen zum Rückzug aus dem demokratischen und zivilgesellschaftlichen Engagement. 42 % der Organisationen berichten, dass sich Ehrenamtliche aus der Demokratietarbeit zurückziehen. Aber auch unter hauptamtlichen Mitarbeitenden (24 %) und bei zivilgesellschaftlichen Initiativen (26 %) nehmen die Rückzugstendenzen erheblich zu.

Abbildung 2. Sicherheitsvorkehrungen, die vorgenommen wurden, um auf Angriffe und Bedrohungen zu reagieren



Lesebeispiel: Über die Hälfte der Organisationen (52 %) trafen Sicherheitsvorkehrungen bei Veranstaltungen, 38 % im Büro.

Quelle: Kurzsurvey unter Akteur*innen der zivilgesellschaftlichen Demokratietarbeit 07–08/2024 (n=50), eigene Darstellung.

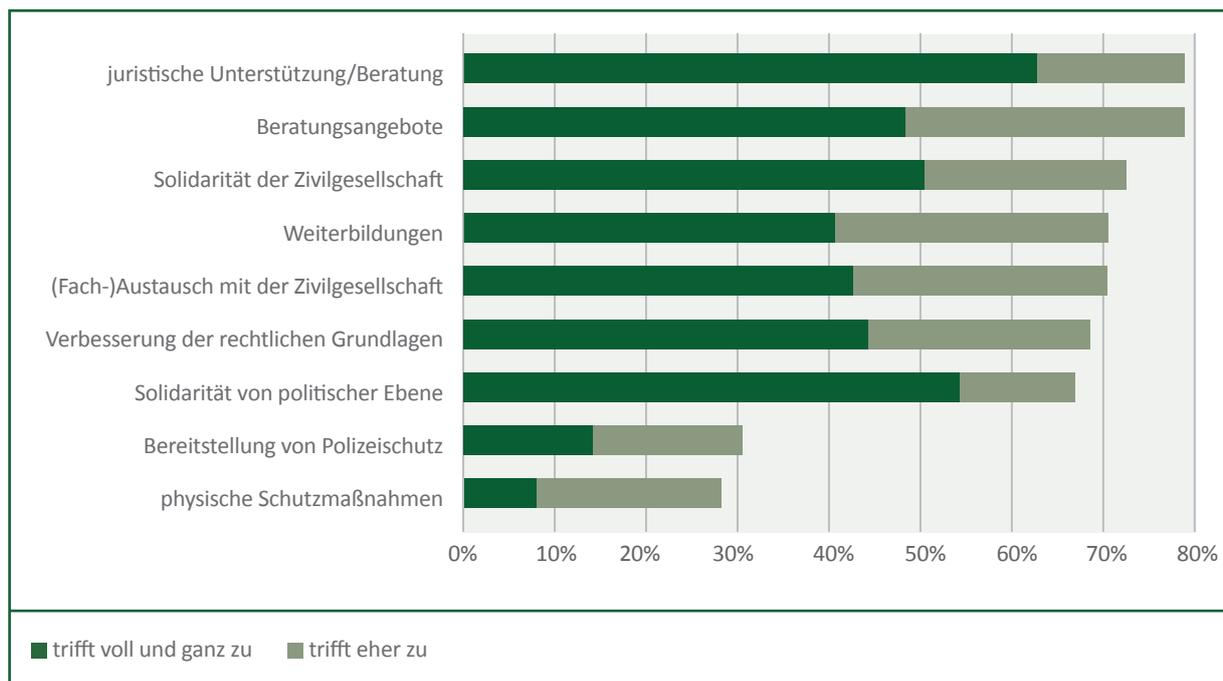
⁶ Auch hier zeigt sich, dass die Ergebnisse der Erhebung Teil eines Trends sind: Angriffe auf (digitale) Angebote und Veranstaltungen werden seit Jahren dokumentiert – ebenso wie deren Gegenstrategien. Dazu zählen die Zurückhaltung, öffentlich aufzutreten, oder Veranstaltungen nur noch geschlossenen Gruppen anzubieten, um mögliche Gefährdungen zu verringern (Weiberg et al. 2024b: 19).

Unterstützungsbedarf und staatliche Handlungsräume

Die Mehrheit der zivilgesellschaftlichen Organisationen sieht erheblichen Nachbesserungsbedarf bei staatlichen Unterstützungsmaßnahmen: 58 % halten die bisherigen Maßnahmen von Bund und Ländern für unzureichend. Als besonders dringend werden der Bedarf an juristischer Unterstützung und Beratungsangeboten (jeweils 78 %), an Weiterbildungen für den Umgang mit Bedrohungslagen (70 %) sowie an verbesserten rechtlichen Grundlagen zum Schutz bei Anfeindungen und Übergriffen (66 %) eingestuft.

Mehr als zwei Drittel der Befragten wünschen sich zudem mehr öffentliche Rückendeckung, zum Beispiel aus der Bevölkerung in Form von Demonstrationen, sowie deutliche Solidaritätsbekundungen, insbesondere von der Politik. Dies könnte beispielsweise durch klare Statements und dem Bekenntnis zur Wichtigkeit staatlich geförderter Demokratiearbeit geschehen. Physische Schutzmaßnahmen – etwa durch private Sicherheitskräfte, Polizeischutz oder Baumaßnahmen – werden hingegen nur von knapp einem Drittel der Befragten als notwendig erachtet.

Abbildung 3. Unterstützungsbedarfe der Organisationen im Umgang mit Bedrohungen



Lesebeispiel: 78 % der Organisationen stimmen der Aussage (eher) zu, dass juristische Unterstützung und Beratung benötigt wird. Solidaritätsbekundungen und Rückendeckung von politischer Seite wünschen sich 66 % der Organisationen.

Quelle: Kurzsurvey unter Akteur*innen der zivilgesellschaftlichen Demokratiearbeit 07–08/2024 (n=50), eigene Darstellung.

Angesichts dieser Herausforderungen setzt sich die Zivilgesellschaft seit Jahren für das geplante Demokratiefördergesetz (DFördG) ein. Dieses Gesetz sollte die Arbeit für Demokratie und gegen Diskriminierung und Extremismus rechtlich absichern und langfristig stärken (Weiberg et al. 2024a: 23). Doch der Gesetzentwurf zum DFördG steckt seit Ende 2023 im parlamentarischen Verfahren fest.⁷

⁷ Siehe <https://dserver.bundestag.de/btd/20/058/2005823.pdf>. Abruf 10.01.2025.

Ein zentraler Streitpunkt ist die Forderung der FDP, einen Zusatz aufzunehmen, der ein Bekenntnis zum Grundgesetz, gegen jegliche Form von Extremismus, für das Existenzrecht Israels und zur Sozialen Marktwirtschaft beinhaltet.⁸ Zudem sorgt ein neues Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages für Unsicherheit: Es stellt die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für Demokratieförderung in Frage.⁹ In der zugehörigen Bundestagsdebatte gingen FDP, CDU/CSU und AfD sogar noch weiter und sprachen der Bundesregierung grundsätzlich die Kompetenz in Sachen Demokratieförderung ab (Deutscher Bundestag WD3-3000-019/24).¹⁰

Fazit

Zivilgesellschaftliche Organisationen und ehrenamtliches Engagement sind essenziell für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Erhalt unserer Demokratie. Doch in den vergangenen Jahren haben insbesondere rechte und rechtspopulistische Akteur*innen verstärkt versucht, diese zivilgesellschaftliche Arbeit einzuschränken – sei es durch Überregulierung, Delegitimierung oder gezielte Angriffe. Diese Bedrohungen reichen von diskriminierenden Kampagnen bis hin zu tätlichen Übergriffen. Gleichzeitig sind viele Organisationen nicht ausreichend auf diese Herausforderungen vorbereitet oder verfügen nur über begrenzte Ressourcen, um sich wirksam zu schützen. Neben ihren selbst organisierten Schutzmaßnahmen sind sie daher dringend auf staatliche Unterstützung angewiesen, um die zunehmende Verengung des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums zu verhindern und dem Rückzug engagierter Menschen entgegenzuwirken. Staatliche Förderung spielt eine zentrale Rolle bei der langfristigen Absicherung und Stärkung der Demokratietarbeit.

⁸ Freie Demokraten: Argumente. Demokratie fördern – Extremismus bekämpfen, November 2023, https://www.fdp.de/sites/default/files/2023-11/20231107_argumente_demokratiefoerdergesetz_0.pdf (06.03.2024). Abruf 10.01.2025.

⁹ Siehe <https://www.bundestag.de/resource/blob/992270/3e37bd044f8fe7840bca05e5a0326edd/WD-3-019-24-pdf.pdf>. Abruf 10.01.2025.

¹⁰ Siehe <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20091.pdf#P.10938>. Abruf 10.01.2025.

LITERATURVERZEICHNIS

- **Anheier, Helmut K.; Lang, Markus und Toepler, Stefan (2019):** Civil Society in Times of Change: Shrinking, Changing and Expanding Spaces and the Need for New Regulatory Approaches. *Economics* 13 (1).
- **Carothers, Thomas (2016):** Closing Space for International Democracy and Human Rights Support. *Journal of Human Rights Practice* 8 (3), November 2016, S. 358–377.
- **Civicus (2018):** State of Civil Society Report 2018. Online verfügbar unter: <https://www.civicus.org/index.php/stateof-civil-society-report-2018>.
- **Deutscher Bundestag (2023):** Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (BT-Drucksache 20/5823), 01.03.2023, Berlin. Online verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/058/2005823.pdf> (12.11.2024).
- **Deutscher Bundestag (2024):** Aktuelle Stunde 16.05.2024. Fraktionen verurteilen Gewalt gegen Ehrenamt, Politik und Einsatzkräfte. Online verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw20-de-aktuelle-stunde-demokratie-1002776>
- **Forsa 2024:** Ehrenamtatlas NRW 2024. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung in den 53 Landkreisen bzw. kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens. Berlin.
- **Hollstein, Bettina (2017):** Das Ehrenamt. *Empirie und Theorie des bürgerschaftlichen Engagements*. APuZ 14–15, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 36–41.
- **Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) (2023):** Demokratische Integration. Zweite Vorstudie. Repräsentative Bevölkerungsbefragung 2022/2023. Allensbach.
- **Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) (2019):** Umgang mit dem Phänomen der Shrinking Spaces in den Partnerschaften für Demokratie. Frankfurt a.M.
- **Kleist, J. Olaf und Weiberg, Mirjam (2022):** Demokratieförderung zwischen Staat und Zivilgesellschaft: Zur Entwicklung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 35 (1), S. 186–202. DOI: <https://doi.org/10.1515/fjsb-2022-0011>.
- **Putnam, R. D. (2000):** *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.
- **Sommer, Moritz und Ratzmann, Nora (2022):** Bedrohte Zivilgesellschaft: Ergebnisse einer Pilotstudie unter den Modellprojekten im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. *DeZIM Research Notes* 10, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).
- **Weiberg, Mirjam, Kleist, J. Olaf; Albrecht, Yvonne; Bostanci, Seyran; Al-Hashash, Samah; Hirseland, Aline-Sophia; Juds, Laura; Konyali, Ali; Mai, Hanna; Prytula, Andrea; Ramadan, Ebtisam; Schöll, Anja und Sträter, Till (2024a):** Demokratieförderung und Vielfaltgestaltung. Was funktioniert: Transfer und Organisationsentwicklung in und mit Regelstrukturen. *DeZIM Project Report* 12, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).
- **Weiberg, Mirjam; Kleist, J. Olaf; Albrecht, Yvonne; Bostanci, Seyran; Al-Hashash, Samah; Hirseland, Aline-Sophia; Juds, Laura; Konyali, Ali; Mai, Hanna; Naqshband, Saboura; Otufowora, Brenda; Prytula, Andrea; Ramadan, Ebtisam; Schöll, Anja und Sträter, Till (2024b):** Pädagogische Ansätze und Methoden in der Demokratieförderung: Vielfaltgestaltung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. *DeZIM Project Report* 10, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).
- **Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) (2021):** Monitoring „Demokratische Integration“ in Deutschland 2.0. Bericht zur Vorstudie 2021, Freiburg.
- **Zimmer, Annette (2007):** Vom Ehrenamt zum Bürgerschaftlichen Engagement. In: Schwalb, Lilian und Walk, Heike (Hg.): *Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe?* VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 95–108.

ÜBER DIE AUTOR*INNEN

Dr. Mirjam Weiberg

Mirjam Weiberg ist Leiterin der Fachgruppe „Demokratieförderung und demokratische Praxis“ am DeZIM-Institut. Sie studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Germanistik an der Georg-August-Universität Göttingen und der Universität Rostock und promovierte in Internationaler Politik zum Umgang mit ethnisch-religiösen Konflikten. Zu den Schwerpunkten ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeiten gehören Evaluation, Religion und Politik, Demokratie und Demokratieförderung, Friedens- und Konfliktforschung sowie Biopolitik mit den Länderschwerpunkten Deutschland, Großbritannien, Irland, Italien, Norwegen, USA, Sri Lanka und Indien. Seit 2021 ist sie Sprecherin des Arbeitskreises „Demokratie“ in der Deutschen Gesellschaft für Evaluation (DeGEval).

Anja Schöll

Anja Schöll ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Fachgruppe „Demokratieförderung und demokratische Praxis“ am DeZIM-Institut. Sie hat Psychologie im Bachelor an der Universität Regensburg und im Master an der Universität Potsdam studiert sowie den Master in Soziokulturellen Studien an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) absolviert. Bevor sie sich der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zuwandte, beschäftigte sie sich mit Trau mata und Traumafolgelbelastungen aufgrund von Fluchterfahrungen sowie mit sozialen Inklusionsprozessen in der psychiatrischen Versorgung. Sie hat darüber hinaus zu den Themen Schadenfreude und Mimikry im Fachjournal *Philosophical Transactions B* der Royal Society publiziert.

IMPRESSUM

© Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V., 2025. Alle Rechte vorbehalten.

Weiberg, Mirjam und Schöll, Anja (2025):

Schwindende Räume: Wenn demokratisches Engagement zur Zielscheibe wird.

DeZIM Policy Briefs 3, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

DeZIM Policy Briefs geben die Auffassung der Autor*innen wieder.

Herausgeber



Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V.

Mauerstraße 76, 10117 Berlin

+49 (0)30 200 754 130

presse@dezim-institut.de

www.dezim-institut.de

Autor*innen

Dr. Mirjam Weiberg, Anja Schöll

Redaktion

Maren Seidler

Layout

DeZIM-Institut

ISBN

978-3-911716-01-7

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) ist eine Forschungseinrichtung, die durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wird. Es forscht zu den Themenfeldern Integration und Migration, Konsens und Konflikt sowie gesellschaftliche Teilhabe und Rassismus. Das DeZIM stützt sich auf zwei Säulen: das DeZIM-Institut und die DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Es wurde 2017 gegründet und hat seinen Sitz in Berlin-Mitte.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
